vielen Dank für Ihren Brief vom 05.10.2015, in dem Sie bezüglich eines Frackingverbotes an mich appellieren.

Aus meiner Sicht darf es beim Schutz der Gesundheit der Menschen, der Umwelt und des Trinkwassers keine Kompromisse geben. Die CDU-Abgeordneten aus dem Münsterland, dem Sauerland, aus Ostwestfalen-Lippe und anderen betroffenen Regionen nehmen das Thema „Fracking“ besonders ernst und haben eine gemeinsame Position erarbeitet, der ich mich angeschlossen habe.

Im derzeitigen Gesetzentwurf wird geregelt, dass ab dem Jahr 2018 eine kommerzielle Gasförderung aus Schiefer- und Kohleflözgestein auch oberhalb der 3000 m erlaubt sein soll, wenn die Probebohrungen erfolgreich waren und eine unabhängige Expertenkommission, bestehend aus sechs Sachverständigen, die Unbedenklichkeit der Frackingmaßnahme bestätigen. Dies halten wir aus folgenden Gründen für bedenklich:

1.) Durch die Aufhebung des ursprünglich vorgesehenen Moratoriums bis 2021 und die Aufhebung der engen Verknüpfung von wissenschaftlicher Erforschung und potenzieller kommerzieller Nutzung entzieht sich die Politik der Verantwortung. Die parlamentarische Befassung in 2021, die ursprünglich notwendig geworden wäre und für eine hohe Transparenz gesorgt hätte, wird damit obsolet. Eine Entscheidung für die Förderung heimischer Schiefergas- und Kohleflözgasvorräte, die immer mit Risiken verbunden sein wird, muss am Ende im Parlament entschieden werden.

2.) Die Grenzziehung bei 3000 m halten wir grundsätzlich für unsachgemäß, da ein großer Teil der Schiefergas- und Kohleflözgas-Formationen außerhalb dieser Verbotszone liegt. Hier wären also weder Probebohrungen noch eine wissenschaftliche Begleitung vorgeschrieben, d.h. der kommerziellen Nutzung wären Tür und Tor geöffnet. Aus diesem Grunde halten wir ein Verbot für geboten, dass sich nicht an einer Tiefenbegrenzung orientiert, sondern an Genese und Ausprägung der betreffenden Gesteinsformation.

Gemeinsam mit den Abgeordneten aus den besonders betroffenen Regionen sind wir uns einig: Erdgasgewinnung aus unkonventionellen Lagerstätten ist nach heutigem Stand der Technik nicht zu verantworten und muss daher verboten werden.

Dies entspricht auch der Position der CDU in Nordrhein-Westfalen, die auf ihrem Landesparteitag im April vergangenen Jahres einen entsprechenden Beschluss gefasst hatte: „Die CDU lehnt die Erdgasgewinnung aus unkonventionellen Lagerstätten durch Fracking nach den jetzigen Stand der Technik ab“.

Den Automatismus, dass nach Abschluss der Erprobungsmaßnahmen (acht Probebohrungen und ein positives Votums der Expertenkommission) der Bundestag nicht erneut über das Verbot entscheiden soll, lehnen wir CDU-Abgeordneten aus dem Münsterland, dem Sauerland und aus Ostwestfalen-Lippe ab.

Unter der Voraussetzung eines positiven Votums der Expertenkommission wäre unkonventionelles Fracking ab 2018 ohne Beschluss und Beteiligung des Bundestages möglich. Daher plädieren wir dafür, dass sich das Parlament auf Grundlage des Expertengutachtens im Jahr 2018 erneut mit dem Verbot von unkonventionellem Fracking befasst.

Aus meiner Sicht sollte das Parlament erst dann abschließend über den Einsatz der unkonventionellen Fracking Technologie entscheiden, wenn alle Wissenslücken geschlossen sind und negative Auswirkungen auf Mensch, Umwelt, Natur und Trinkwassers ausgeschlossen werden können.

Ich hoffe, dass ich Ihnen mit meiner Antwort weiter helfen konnte.

Freundlich grüßt Sie

Ihr

Tim Ostermann